

BASELBIETER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.
Fokus
Gesundheits-
und
Sozialpolitik

Freisinnig politisieren,
aber eigensinnig wählen
Editorial
Es braucht neuen Schwung
in der Gesundheits- und Sozialpolitik

Die Schweiz steht vor grossen Herausforderungen im Gesundheitswesen und in der Sozialpolitik. Es braucht dringend nachhaltige Reformen und neue, mutige Wege. Während andere Parteien vor allem Symbolpolitik betreiben, sorgt die FDP für neuen Schwung. Lesen Sie in diesem «Freisinn», welche Rezepte die FDP anwenden wird im Kampf gegen steigende Gesundheitskosten und marode Sozialwerke.

Seiten 11 bis 16

Nein zum Ess-Diktat

Steigende Preise und staatlicher Zwang bei weniger Auswahl: FDP-Nationalrat Hansjörg Brunner erklärt uns im Interview, warum die beiden Agrar-Initiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität» so schädlich sind und am 23. September abgelehnt werden sollten.

Seite 21

Zurück in die Zukunft

Politische Bewegungen liegen im Trend. Sie sind aber nichts Neues – schon gar nicht für die FDP. Als Bewegung steigt die FDP in die Wahlen 2019 – sie geht damit nicht nur mit der Zeit, sondern kehrt so gleichzeitig zu ihren Wurzeln zurück.

Seite 22

«Die FDP steht mir eigentlich als Partei am nächsten, aber ich wähle immer auch andere Personen, die mich noch interessant dünken.» «Typisch freisinnig» war meine Antwort auf diese Aussage kürzlich in einem Gespräch mit einem potenziellen FDP-Wähler. «An der FDP gefällt mir, dass ihr euch den grossen Themen annehmt, wirklich etwas verbessern möchtet und nicht einfach Skandalisierungspolitik im Kleinen betreibt», erläuterte er weiter. Ich freute mich sehr über diese Aussage, denn das ist die FDP, wie auch ich sie sehe und schätze: Wir arbeiten an politischen Inhalten und an den langfristigen Themen. So haben unsere Fraktionsmitglieder im Landrat in der aktuellen Legislatur viele langfristig bedeutende Geschäfte massgeblich mitgestaltet. Und das nicht immer ohne Gegenwind. Nicht nur waren wir hartnäckig, was eine bessere Lösung bezüglich Universität Basel angeht. Wir haben auch beim öffentlichen Verkehr immer wieder kritische Fragen und neue Lösungsvorschläge eingebracht, so dass das Angebot gezielt optimiert werden kann.

Gestalten, statt skandalisieren

In Personalfragen liessen wir uns nicht durch die teilweise haarsträubende Kritik der politischen Gegner beirren, sondern bewahrten in der Debatte



Saskia Schenker, Landrätin, Mitglied Parteileitung FDP BL

den Gesamtblick. Dies gelang uns insbesondere bei der zweiten Pensionskassen-Vorlage, wo wir gemeinsam mit bürgerlichen Partnern einer auch langfristig guten Lösung zum Durchbruch verhelfen haben. Bei den Finanzen prägten wir das neue Finanzhaushaltsgesetz mit starken Elementen zum verantwortungsbewussten Umgang mit den Steuer-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3 Baselland
- 11 Neuer Schwung für das Gesundheitswesen
- 12 Gesundheitskosten – Taugliche und andere Rezepte
- 13 Pflegeinitiative: Falscher Weg
- 14 Finanzielle Stabilität für den Sozialstaat
- 15 AHV: Mehreinnahmen allein helfen nicht
- 16 BVG: Es braucht rasches Handeln
- 17 Ja zum Bundesbeschluss Velo
- 18 FDP-Wandertag
- 20 Nein zur Selbstbestimmungsinitiative
- 21 Nein zu den Agrar-Initiativen
- 22 Mentoring-Beitrag
- 23 Newsletter und Agenda

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00
E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Kantonaleil:
Redaktion Baselbieter Freisinn
FDP Baselland | Postfach 420 | 4410 Liestal
T: 061 927 87 17 | F: 061 921 96 51
E: info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch

Layout:
LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:
NZZ Media Services AG
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



Editorial

Petra Gössi

In der Altersvorsorge und der Gesundheitspolitik brauchen wir jetzt nachhaltige Reformen!

Liebe Freisinnige

Die Sozialpolitik und die Gesundheitspolitik in unserem Land sind zwei schwierige Themen. Vor allem gibt es keine Patentrezepte oder einfachen Lösungen. Trotzdem brauchen wir dringend nachhaltige Reformen.

Qualität, Effizienz und Verantwortung im Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen bietet eine umfassende Leistungspalette, und die Zufriedenheit der Bevölkerung ist hoch. Allerdings gibt es einen Wermutstropfen: Die gute Qualität hat einen hohen Preis. CVP und SP haben pünktlich zum Start ihrer Kampagnen für die Wahlen 2019 Initiativen im Gesundheitsbereich angekündigt. Ihre Initiativen benennen zwar die Probleme – Lösungen, wie die Fehlanreize und die strukturellen Ineffizienzen beseitigt werden sollen, werden aber keine aufgezeigt. Die Annahme der Initiativen würde zu einem Leistungs- und Qualitätsabbau führen. So würde beispielsweise die Kostenbremse, wie sie die CVP vorschlägt, zum Aufschub von medizinischen Eingriffen auf das nächste Jahr führen, um die Kostenvorgaben einhalten zu können. Wir brauchen keine Scheinlösungen in Form von Wahlkampf-Initiativen, sondern Reformvorschläge, die ein hochwertiges Gesundheitswesen gewährleisten, in welchem die Wahlfreiheit sichergestellt ist, dessen Kosten wir im Griff haben und dessen Finanzierung nachhaltig und verantwortungsvoll ist. Philippe Nantermod zeigt in seinem Artikel den Lösungsansatz der FDP auf.

Nachhaltige und generationengerechte Reform der Altersvorsorge

Auch bei der Altersvorsorge braucht es dringend eine Reform. Anfang Sommer hat der Bundesrat seine Reformvorlage «AHV 21» vorgestellt. Es ist begrüssenswert, dass wichtige Elemente aus unserem Plan B zur gescheiterten AV 2020 in die Vorlage eingeflossen sind. So etwa die Angleichung des Rentenalters für Frauen und Männer sowie die Flexibilisierung des Rentenalters zwischen 62 und 70 Jahren. Aber der Bundesrat übersieht ein weiteres Mal mit einer massiven Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozent: Gerade aus Respekt vor dem Generationenvertrag lehnen wir dies ab.

Unser Vorsorgesystem muss endlich an die demografischen Realitäten angepasst werden. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Reform der 2. Säule weiterhin dringend: Die systemwidrige Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern, die 2017 sieben Milliarden Franken betrug, muss möglichst rasch eingedämmt werden. Lesen Sie mehr zu diesem Thema im Beitrag von Josef Dittli.

5 vor 12

Sowohl bei der Reform des Gesundheitswesens als auch bei der Altersvorsorge schlägt es 5 vor 12. Die FDP wird alles daran setzen, dass wir das Gesundheitswesen und die Altersvorsorge jetzt nachhaltig reformieren und die Schweiz so an der Weltspitze halten können.

Ihre Petra Gössi

Fortsetzung von Seite 1

geldern. Und dank einem FDP-Vorstoss wird derzeit eine Benchmark-Analyse vorgenommen, die als Grundlage dienen wird, unseren Kanton weiter zu gestalten und im interkantonalen Vergleich wettbewerbsfähiger aufzustellen. Aber auch die Denkmalpflege beschäftigte uns über eine längere Zeit in dieser Legislatur. Dank umfassendem Engagement der FDP-Fraktionsmitglieder konnte in der zuständigen Bau- und Planungskommission endlich ein revidiertes Denkmal- und Heimatschutzgesetz ausgearbeitet werden, das nicht auf «Verhindern», sondern auf «Ermöglichen» setzt. Dies nur einige wenige Beispiele der vielfältigen Arbeit unserer Landratsfraktion. Unser Grundverständnis, uns einer Sache genauer anzunehmen und wirklich etwas zu verändern, begleitet uns im politischen Alltag.

Mittelfristig bedeutende Resultate

Nicht immer versprechen solche umfassenden Arbeiten kurzfristigen Erfolg, aber die Resultate

sind mittelfristig erkennbar. Umso schöner, wenn dies potenzielle FDP-Wählerinnen und -Wähler wahrnehmen, wie mein zitierter Gesprächspartner zu Beginn dieses Textes.

Ein Grossteil dieser Arbeiten wird im Parlament in den vorberatenden Kommissionen erledigt. Wenn die Medien über Landratssitzungen berichten, weiss man deshalb oft nicht, wer die ganze Arbeit in der Kommission geprägt hat. Und seitens FDP gelingt es uns nicht immer, dass über unsere Arbeit auch entsprechend berichtet wird. Denn wie unser potenzieller FDP-Wähler sagt, wir betreiben keine Skandalisierungspolitik, auch wenn diese kurzfristig höhere Aufmerksamkeit verspricht. Lesen Sie deshalb in dieser Ausgabe des «Freisinn» was unsere 17 Landratsfraktionsmitglieder über ihre Arbeit in den Kommissionen berichten und lassen auch Sie sich noch einmal diverse Themen der aktuellen Legislatur in Erinnerung rufen. Dies, bevor wir im nächsten Freisinn dann unsere 90 FDP-Landratskandidatinnen und -Landratskandidaten vorstellen und in die Zukunft blicken bis hin zu den kantonalen Wahlen am 31. März 2019.

«Eigensinnig», im Sinne der FDP

Zurück zur ersten Aussage des potenziellen FDP-Wählers: So sehr wir freisinnig politisieren, so sehr wünschen wir uns, dass die freisinnigen Wählerinnen und Wähler etwas stärker «eigensinnig» im Sinne der FDP wählen. «Eigensinnig» bedeutet «als starrsinnig empfundenen beharrliches Festhalten an seiner Meinung». Ein Verhalten, das wir in der Politik nicht gebrauchen können, aber bei unseren Wählerinnen und Wählern schon. Statt die freieitliche Eigenschaft auszuleben und grosszügig andere Parteivertreter zu wählen, brauchen wir bei den Wahlen die klare Bereitschaft, konsequent die FDP-Liste zu wählen.

Denn alles Engagement unserer FDP-Exponentinnen und -Exponenten bringt nichts, wenn wir an der Urne nicht mit der entsprechenden Unterstützung des freisinnig denkenden Stimmvolkes gewählt werden. «Freisinnig politisieren, aber eigensinnig den Freisinn wählen», das ist die Devise.

Saskia Schenker

Landrätin und Mitglied Parteileitung FDP BL

«Meine Seite»

Der Präsident hat das Wort

In den letzten Wochen haben die Medien immer wieder über die Baselbieter Wahlen 2019 berichtet. Hinter den Kulissen wurde auch sehr viel gearbeitet und bewirkt. Die FDP Baselland hat für die Wahlen 2019 klare Ziele: Wir wollen die erfolgreiche bürgerliche Zusammenarbeit in der Regierung und im Landrat zum Wohl des Baselbietes fortsetzen und weiterhin eine herausragende Rolle spielen. Am letzten Parteitag wurde die inhaltliche Stossrichtung für die Landratswahlen 2019 bestätigt.

Wir haben viele Gespräche geführt, zwei mehrstündige Workshops durchgeführt und einiges an konzeptioneller Arbeit geleistet und Zuwachs bekommen. Nun möchte ich heute stolz «mein» Team vorstellen:

- Mit **Daniel Piller**, Leiter Kommunikation, haben wir einen exzellenten Kommunikator. Er ist das Spiegelbild der Aussenwahrnehmung und fühlt den Puls der öffentlichen Wahrnehmung und gibt kritisches Feedback. Er ist für den Feinschliff der gesamten Kommunikation verantwortlich. Daniel Piller ist im Landratswahlkampf vor allem für die Themenschwerpunkte und die Kommunikation (inkl. Medientraining) zuständig.

Seine langjährige Erfahrung gibt dem ansonsten sehr jungen Team eine starke Rückendeckung.

- **Gina Zehnder**, Politische Mitarbeiterin, hält die Geschäftsstelle zusammen. Im Landratswahlkampf ist sie die zentrale Anlaufstelle für die Wahlkreise und die Kandidierenden. Gina Zehnder ist unser Social-Media-Profi und verantwortlich sowohl für den «Freisinn» sowie für den digitalen Newsletter #mehrfreisinn. Sie hat den Terminkalender immer fest im Griff. Ihre Aufgabe im Landratswahlkampf ist denn auch, bei den Wahlkreisen und Kandidierenden nicht locker zu lassen.

- **Florian Sennhauser**, Administrativer Sekretär, ist auch im Wahlkampf mit dabei. Er kümmert sich vor allem um die Verarbeitung der Rechnungen, unterstützt unseren Kassier Jörg Felix und übernimmt die anfallenden administrativen Arbeiten. So hat er alles im Blick. Auch in stressigen Situationen behält er einen kühlen Kopf, und ich kann mich immer auf ihn verlassen.

- Vize-Präsidentin **Naomi Reichlin** ist mein Back-up. Egal was für eine Frage oder Arbeit ich habe, ich kann mich auf ihren Support verlassen. Sie nimmt mir sehr viel Arbeit ab. Im Wahl-



Paul Hofer, Landrat

kampf unterstützt sie oder ist sie zuständig für viele operative Massnahmen wie Leporellos, Plakate und «Social Media». Das verlangt viel Kreativität, aber auch Disziplin.

Es macht mich stolz, mit einem solchen Team arbeiten zu dürfen. Und wie ich am Parteitag vom 23. August gesagt habe: Ich bin stolz, Freisinniger zu sein. Dennoch, ein gutes Team alleine reicht nicht, denn die Arbeit leisten auch Sie, geschätzte Freisinnige. Die Mobilisierung und somit die Wahlen im März 2019 gewinnen wir nur mit Ihrer Hilfe. Darum gilt: Mobilisieren, engagieren und wählen – ich danke Ihnen!

Paul Hofer, Parteipräsident und Landrat



«Beste Ideen beim Rennvelofahren»

Monica Gschwind, Regierungspräsidentin

Monica Gschwind wurde im Juni zur Regierungspräsidentin des Kantons gewählt und von der FDP als Kandidatin für die Regierungsratswahlen 2019 nominiert. Hier spricht sie über Tief- und Höhepunkte ihres Alltags als Regierungsrätin.

Monica, seit drei Jahren bist du Regierungsrätin des Kantons Baselland. Was ist dein Zwischenfazit?

In den letzten drei Jahren habe ich intensiv gearbeitet. In meiner Direktion bin ich auf viele Baustellen gestossen, die mein Vorgänger hinterlassen hat. Ich habe angepackt und begonnen, Ruhe in das Bildungssystem zu bringen. Ich habe auch einen Berg von Initiativen vorgefunden, die ich eine um die andere abgetragen habe. Meine Arbeit als Regierungsrätin bereitet mir grosse Freude, und unter den Direktionen herrscht ein gutes Klima. Wir arbeiten viel besser zusammen, als das früher der Fall war.

Was waren deine Ziele, als du dein Amt als Vorsteherin der BKSD (Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion) angetreten bist?

Ein wichtiges Ziel betraf die Spezielle Förderung. Ich wollte, dass nicht wegen jedem Rückstand eine Einzelförderung gestartet wird! Eine entsprechende Landratsvorlage wird gegenwärtig fertiggestellt, und ich bin gespannt auf die Debatte im Landrat. Ein weiteres Ziel war die Schaffung von klaren Strukturen. Mit dem Projekt «avanti BKSD» wurden am 1. Juli 2018 die Berufs-, Mittel- und Hochschulen in einer Dienststelle zusammengeführt. So können wir effizienter und gezielter arbeiten und immer die gesamte Schullaufbahn unserer Schüler/-innen abstimmen.

Was hat dich besonders herausgefordert? Die so genannte Handschlagaffäre in Therwil hat die Di-

rektions- und Kommunikationskommission stark gefordert. Im Vordergrund stand jedoch die Koordination aller involvierten Stellen und das Erarbeiten einer praktikablen Lösung für unsere Schulen.

Was war deine Strategie? Von Anfang an forderte ich, dass die Schulen nicht alleine gelassen werden und sie bei wesentlichen Integrationsproblemen künftig eine Anlaufstelle haben. Ich werte es als grossen Erfolg, dass der Landrat mit grosser Mehrheit der notwendigen Ergänzung des Bildungsgesetzes zugestimmt hat.

Als Vorsteherin der BKSD hast du mit hochemotionalen Interessengruppen wie Eltern und Lehrern zu tun, welche eine andere Meinung haben. Wie gehst du mit einer solchen Situation um?

Ich hole alle Betroffenen an einen Tisch und diskutiere die betreffenden Themen «zu Boden». Zum Beispiel in Sachen Fremdsprachenkonzept: Da habe ich eine «Task Force» eingesetzt, in der alle Anspruchsgruppen vertreten sind. Ist es nicht möglich, eine mehrheitsfähige Lösung zu finden, stelle ich sicher, dass ich auf transparentem Weg einen Entscheid treffe, diesen klar kommuniziere und dann konsequent weiterverfolge.

Wenn du auf die letzten drei Jahre als Regierungsrätin zurückschaust, was war der Höhepunkt? Der Lehrplan für unsere Volksschule war heftig um-

stritten. Mit der Volksabstimmung im Juni 2018 hat das Baselpolier Stimmvolk meinen Weg unterstützt. Dies war für mich ein grosser Erfolg.

Wenn wir die Augen in die Zukunft richten: Was sind die wichtigsten Grundsätze, die dich als Regierungspräsidentin leiten werden? Ich lasse mich stark von liberalen Grundsätzen leiten, aber auch von einer klar bürgerlichen Haltung. Die Eigenverantwortung jedes Einzelnen steht an oberster Stelle. Das heisst konkret, dass ich nur da staatliche Unterstützung fördern möchte, wo sie auch notwendig ist.

Welche Herausforderungen werden auf dich zukommen? Als Regierungspräsidentin kommen zusätzliche Aufgaben auf mich zu. Zum Beispiel vermehrt repräsentative Aufgaben und auch die Leitung der Regierungssitzungen. Dazu kommt mein Anspruch, stets dossierfest zu sein, so dass ich fundierte Entscheide treffen kann. Mit dem Wahlkampfsjahr wächst die Herausforderung, dies mit einem engen Zeitplan bewältigen zu können.

Apropos Wahlen: Wie siehst du die FDP in Bezug auf die Landrats- und Regierungsratswahlen 2019?

Die FDP Baselland ist sehr gut aufgestellt. Wir haben eine hervorragende Fraktion, deren Mitglieder viel Fach- und Sachwissen einbringen. Das bürgerliche Komitee bereitet unseren gemeinsamen Regierungswahlkampf professionell vor. Innerhalb der Partei haben wir uns bereits intensiv mit den Themen beschäftigt, mit denen wir 2019 in den Wahlkampf ziehen wollen. Ich bin sicher, dass wir die Bevölkerung mit unserer Politik überzeugen können.

Wir kennen dich vor allem als taffe Politikerin. Ein paar persönliche Fragen: Wie erholst du dich beispielsweise von deinem durchgeplanten Alltag?

Selbstverständlich muss ich schauen, dass ich zwischendurch abschalten kann. Wenn immer möglich, versuche ich, auf mein Rennvelo zu steigen. Die besten Ideen habe ich beim Velofahren, wenn ich einmal ganz entspannt durch unser schönes Baselpolier radeln kann. Ein wunderschöner Ort in meiner Nähe ist das «Chällehöppli» auf der Wasserfallen. Ich geniesse jedoch auch jede Velotour durch unseren Kanton und entdecke immer wieder Neues und Schönes.

Was geniesst du sonst? Seit meiner Kindheit bringe ich einen grossen Teil meiner Ferien mit Camping. Dabei kann ich mich sehr gut entspannen und loslassen.

Liebe Monica, vielen Dank, dass du dir die Zeit genommen hast!

Naomi Reichlin, Vize-Präsidentin FDP Baselland

Berichte aus der Fraktion

Landratsfraktion der FDP Baselland

Die Landratsfraktion der FDP Baselland besteht aus 17 Freisinnigen und wird von Rolf Richterich als Fraktionspräsident angeführt. Seine Aufgabe ist die Leitung der Fraktionssitzungen und der Sitzungen des Fraktionsvorstands und die Vertretung der Gesamtfraktion nach aussen. Er hat in seiner Funktion auch Einsitz in der Parteileitung. In dieser Ausgabe des «Freisinns» möchten wir Ihnen die Arbeit der Fraktion in den vorberatenden Kommissionen mit einem Rückblick auf die aktuelle Legislatur und einem Blick in die Zukunft näherbringen.



Rolf Richterich

Unsere Landrätinnen und Landräte



Jaqueline Bader-Rüedi



Rolf Blatter



Christoph Buser



Stefan Degen



Andreas Dürr



Thomas Eugster



Christine Frey



Christof Hiltmann



Paul Hofer



Sven Inäbit



Andrea Kaufmann



Heinz Lurf



Saskia Schenker



Marc Schinzel



Balz Stückelberger



Jürg Vogt

Bau- und Planungskommission

Unzählige Geschäfte in der Bau- und Planungskommission

Auch im Politjahr 2017/2018 war die Landrätliche Bau- und Planungskommission (BPK) wieder stark gefordert: So wurden an 16 Sitzungen nicht weniger als 21 Geschäfte bearbeitet: Drei betrafen den Tiefbau, drei den Hochbau, zwei den ÖV, sechs die kantonale Raumplanung und sieben (sechs davon von der FDP!) betrafen Abläufe und Vorgaben in der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD). Mit letzteren Vorstössen wollte unsere Fraktion vor allem erreichen, dass Bauwillige von der BUD rascher/besser bedient werden und dass die BUD möglichst kostengünstig arbeitet. Einerseits durften wir erfreut feststellen, dass sich die Verwaltung unter diesem «Dauerfeuer» in die von uns gewünschte Richtung bewegt, es aber andererseits sehr schwierig ist, diese Erfolge in Gesetzesform auch dauerhaft festzunageln. Unsere Fraktion wird deshalb bei Gelegenheit diesbezüglich weiter «nachlegen». Mit der Gesamtüberarbeitung 2016 des Kantonalen Richtplans (KRIP) und dem neuen Gesetz über die Abgabe von Planungsmehrwerten lagen die grössten politischen Schwerpunkte aber eindeutig in der Raumplanung. Auch wenn nicht direkt rechtlich bindend, ist der KRIP das zentrale Vorgabeinstrument der kantonalen Raumplanung. Bei der vorliegenden Gesamtüberarbeitung geht es um die Umsetzung neuer bundesrechtlicher Vorgaben zum verstärkten Kulturlandschutz und zur Begrenzung der Bauzonen bei gleichzeitiger Siedlungsentwicklung nach innen (d.h. Verdichtung). Wir haben uns erfolgreich für eine möglichst moderate Umsetzung

eingesetzt, so dass Baulandreserven nicht ohne Not aus der Hand gegeben werden müssen und damit die Landpreise nicht noch zusätzlich angeheizt werden. Noch einschneidender und darum noch wichtiger ist das Gesetz über die Abgabe von Planungsmehrwerten. Hier ist es uns gelungen, in der Kommission eine äusserst schlanke Umsetzung der Bundesvorgaben durchzusetzen: Mehrwertabgaben würden nur bei Neueinzohnungen fällig, und zwar mit dem bundesrechtlichen Minimum, während für Um- und Aufzonen keine Mehrwertabgaben zu entrichten wären. Für Planungen im Quartierplanverfahren und nach einheitlichem Plan könnten die Gemeinden jedoch weiterhin auf privatrechtlichem Weg Infrastrukturabgaben erheben, um anderweitig nicht abgedeckte Infrastrukturkosten geltend zu machen. Nun braucht es aber noch die vereinten bürgerlichen Kräfte, um unsere gute Vorarbeit in der Kommission auch im Landrat und später wohl auch in einer Volksabstimmung durchzusetzen. Die FDP-Fraktion ist dazu bereit!

Thomas Eugster, Landrat

Die Kommissionsmitglieder der FDP BL

Thomas Eugster, Liestal
Rolf Blatter, Pfeffingen
Christine Frey, Münchenstein

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Fragen, die unsere Schülerinnen und Schüler direkt betreffen

Als Nachfolgerin von Marianne Hollinger nahm ich in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) sowie in der Petitionskommission Einsitz. Meine Zeit als Mitglied der Bildungskommission auf Gemeindeebene sowie mein Schulratsmandat am Gymnasium Münchenstein haben mir den Einstieg erleichtert. In der BKSK hatten wir umfassende Diskussionen über Stundentafeln, Sockelstunden, Fremdsprachenkonzept und Checks und damit über Fragen, die unsere Schülerinnen und Schüler direkt betreffen. So wurden uns die Checks während der sechs Primar- und drei Sekundarschuljahre vorgestellt. Über den letzten Check, genannt S3, lässt sich streiten. Er ist nach dem entscheidenden Zeugnis für den Übertritt an eine weiterführende Schule (Gymnasium, FMS oder WMS) oder an einen Lehranschluss angelegt. Für den Check spricht, dass auch das letzte Schuljahr gut genutzt werden soll. Er ist als Motivation und potenzielles Druckmittel für die Schüler gedacht. Auf der anderen Seite sind die begehrten Lehrstel-

len schon lange vor dem Check vergeben und es ist zu bedenken, dass die meisten Jugendlichen zu diesem Zeitpunkt bereits mental abgeschlossen haben. Seitens FDP-Kommissionsmitglieder haben wir deshalb die Kosten für die Erstellung und die Korrektur dieser Tests hinterfragt und überlegt, ob der Aufwand nicht für andere Zwecke im schulischen Bereich eingesetzt werden könnten. Wir kamen jedoch zum Schluss, dass der Check als Anreizinstrument und zur Sicherung der Bildungsqualität sinnvoll ist.

Grössere Diskussionen löste auch die Fortführung der Betriebsbeiträge von 8 Millionen Franken an das CSEM Muttenz für die nächsten vier Jahre (2019–2022) aus. Bis anhin bezahlte der Kanton eine Anschubfinanzierung von 12 Millionen, was einer Kürzung von 4 Millionen Franken über vier Jahre gleichkommt. Das Geschäftsmodell des CSEM sieht eine permanente Mitfinanzierung durch die öffentliche Hand (Bund und Standortkantone) vor. Die Finanzierung versteht sich als

eine Art Vorhalteleistung und kontinuierlichen Beitrag zur Innovationsförderung, Forschung und Nachwuchsförderung. Weder in der BKSK noch in der VGK konnte klar ermittelt werden, welche Folgen eine Mittelkürzung nach sich ziehen würde. Es ist den CSEM-Verantwortlichen leider nicht gelungen, aufzuzeigen, was passieren würde, wenn sie weniger Geld erhalten würden. Das Geschäft wurde in der FDP-Fraktion lange diskutiert. Für die FDP-Fraktion war klar, dass sie einer Verlängerung der Leistungsvereinbarung zustimmen würde. Zu welchem Betrag, galt es in der Landratsdebatte zu klären. Die Fraktion unterstützte schlussendlich die Regierungsvariante, welche dann in der Schlussabstimmung auch klar obsiegte.

Jaqueline Bader-Rüedi, Landrätin

Die Kommissionsmitglieder der FDP BL

Jaqueline Bader-Rüedi, Reinach
Paul Hofer, Oberwil
Heinz Lerf, Liestal

Finanzkommission

Die Finanzkommission im Zeichen des gesunden Staatshaushalts

In dem halben Jahr, in dem ich nun im Landrat bin, gab es in der Finanzkommission (FIKO) einige erwähnenswerte Vorlagen. Jedoch wurde in der FIKO die für diese Legislatur zentrale Vorlage zur Revision des Finanzhaushaltsgesetzes noch mit FDP-Landrat Michael Herrmann behandelt. Seit dem Jahr 2017 ist das neue Gesetz nun in Kraft. Es enthält die wichtigen Finanzinstrumente für eine professionelle Steuerung des Finanzhaushalts. Die Vorlage darf – neben der eigentlichen Sanierung der Kantonsfinanzen – als eine der zentralsten Erfolge der bürgerlichen Mehrheit in Landrat und Regierungsrat angesehen werden.

Die Vorlage zur Einführung einer Mehrwertabgabe behandelten wir in der FIKO relativ früh im Jahr 2018 als Mitbericht für die Bau- und Planungskommission. Auf Basis einer Revision des Bundesgesetzes müssen die Kantone eine Mehrwertabgabe von mindestens 20 Prozent auf Neueinzonungen einführen. Das heisst, wenn Bauland eine Wertsteigerung durch Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen erfährt, wird dieses, sobald sie genutzt wird, mit einer Abgabe belegt.

Aus liberaler Sicht eine unmögliche Thematik, weshalb die FDP in den Kommissionen darauf hinwirkte, dass nur das auf Bundesebene geforderte Minimum an neuen Abgaben eingeführt wird. Die Landratsberatung dazu steht noch aus.

Ebenfalls im ersten Halbjahr 2018 haben wir in der FIKO die Prämienverbilligungsinitiative der SP beraten. Diese verlangt, dass ein Haushalt maximal 10 Prozent seines Einkommens für die Krankenkasse ausgeben soll, die Differenz müsste der Kanton übernehmen. Eine Kalkulation der Folge dieser Initiative zeigt, dass Einkommen bis über 130000 Franken von Prämienverbilligungen profitieren würden. Den Kantonshaushalt würde die Initiative mit jährlichen Mehrausgaben von 70 Millionen Franken stark belasten. Der Landrat lehnt die Initiative deutlich ab und verzichtete auf einen Gegenvorschlag. Dieser war auch nicht nötig. Der Regierungsrat hat bereits frühzeitig auf die steigenden Prämien reagiert und kündigte die Erhöhung der für Prämienverbilligungen entscheidenden Richtprämie an. Das letzte Wort zur SP-Initiative hat das Stimmvolk.

Im kommenden Landratsjahr werden auch die Steuern zum Thema werden. Die bereits fertiggestellte Vorlage zur Umsetzung der Steuervorlage 17 auf Kantonsstufe wird ein entscheidender Faktor sein, wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons in den nächsten Jahren geht. Aber auch die Steuern der natürlichen Personen werden indirekt durch die Steuervorlage 17 in den Fokus rücken. Die Dividendenausschüttung wird in Zukunft teurer. Mit der ohnehin schon sehr starken Progression wird so die Last für Unternehmer im Bereich der natürlichen Personen tendenziell zunehmen. In diesem Zusammenhang wird auch die Individualbesteuerung als Ganzes eine Prüfung über sich ergehen lassen müssen. Die FDP wird sich auf jeden Fall für eine vernünftige Steuerpolitik einsetzen.

Stefan Degen, Landrat

Die Kommissionsmitglieder der FDP BL

Stefan Degen, Gelterkinden
Christof Hiltmann, Birsfelden
Saskia Schenker, Itingen

Justiz- und Sicherheitskommission

Was ein Handschlag alles bewirken kann

Die Arbeit in der JSK zeichnet sich durch zwei Charakteristika aus: Sie verlangt filigrane juristische Abwägungen, und die Geschäfte haben eine grosse Bandbreite. Die JSK befasst sich nicht nur mit Entwürfen, die die Organisation des Kantons und seinen Institutionen, die Polizei, die Strafverfolgung und die Gerichte betreffen. Sie klopft auch Vorlagen in anderen Sachbereichen auf ihre rechtliche Qualität ab. Allein 2017 und 2018 reichten die Themen von der emotional aufgeladenen Revision des Bildungsgesetzes im Nachgang zur «Handschlag-Affäre» und der von den Medien akribisch verfolgten Neugestaltung der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft («Zoff sells», namentlich wenn es zu Indiskretionen kommt) bis zur Anpassung des Adressatenkreises von Handänderungsanzeigen bei Liegenschaftsverkäufen und der Regio-Stärkungs-Initiative.

Die Tätigkeit in der JSK ist auf lösungsorientierte Freisinnige zugeschnitten. Die JSK ist kein Forum für Grabenkämpfe. So selbstverständlich unterschiedliche Haltungen einfließen, so klar ist das Ziel, tragfähige Vorlagen in den Landrat zu

bringen bzw. diesem (etwa bei der rechtlichen Beurteilung der Gültigkeit von Volksinitiativen) einen zuverlässigen Kompass zu bieten. In diesem Sinn wirken seit 2015 die freisinnigen Landräte Andreas Dürr, Paul Hofer (bis Mai 2018), Balz Stückelberger (ab Mai 2018) und Marc Schinzel in der JSK mit. Die Bilanz ist erfolgreich. Günstig wirkt es sich aus, dass die FDP mit Andreas Dürr den Kommissionspräsidenten stellt. Dem umsichtigen Präsidium und der Kreativität der FDP-Mitglieder, deren Vorschläge von anderen JSK-Mitgliedern aufgenommen und ergänzt wurden, haben wir den schweizweit wohl einmaligen Vorgang zu verdanken, dass eine Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes, die aus FDP-Sicht willkommene Präzisierungen und Schärfungen etwa bei den Sprachkenntnissen brachte, oppositionslos durch den Landrat ging. Klare Verbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf erzielte die JSK auch bei der «Handschlag-Vorlage». Die Vorgaben hinsichtlich eines diskriminierungsfreien, religiöses Sonderrecht ausschliessenden Schulbetriebs wurden konkreter gefasst, ohne auf schwammige Begriffe wie «hiesi-

ges Brauchtum» abzustellen. Ein Erfolg für die JSK ist auch die neue gesetzliche Grundlage zur Regelung des «Bedrohungsmanagements», d. h. zur frühzeitigen Ansprache möglicher «Gefährder». Unter tatkräftiger Mitwirkung der FDP-Mitglieder entstand eine ausgewogene Regelung, die niederschwellige Präventionsmassnahmen ermöglicht, ohne die Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern, die in der Regel (noch) nicht straffällig geworden sind, zu missachten.

Obwohl man von gestrengen «Polit-Calvinisten» gelegentlich hört, man dürfe das nicht sagen: Die Arbeit in der JSK macht Spass. Die FDP-Mitglieder werden sich auch künftig dafür einsetzen, dass die JSK dem Landrat rechtlich einwandfreie, sorgfältig redigierte und wenn immer möglich auch mehrheitsfähige Vorlagen unterbreitet.

Marc Schinzel, Landrat

Die Kommissionsmitglieder der FDP BL

Marc Schinzel, Binningen
Andreas Dürr, Oberwil (Präsident)
Balz Stückelberger, Arlesheim

Geschäftsprüfungskommission

Verschwiegenheit ist oberstes Credo

Im Auftrag des Landrates übt die Geschäftsprüfungskommission (GPK) die parlamentarische Oberaufsicht über die Geschäftsführung der Exekutivorgane des Kantons Basel-Landschaft aus.

Die Arbeit in der GPK ist, nach anfänglicher Skepsis meinerseits, sehr interessant und abwechslungsreich. Als Mitglied hat man Einsicht in verschiedene Geschäfte, Amtsstellen und Direktionen.

Das Landratsgesetz verpflichtet alle Ratsmitglieder zur Einhaltung des Amtsgeheimnisses und zur Verschwiegenheit. Dies gilt ganz speziell für die GPK, welche jederzeit von allen Behörden und Amtsstellen Auskünfte und Einsicht in die Akten verlangen kann. Aus diesem Grunde kommen etwa 70 Prozent der Tätigkeiten und der Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission gar nicht in Form von Berichten in den Landrat, weshalb wir ihnen seitens der FDP-GPK-Mitglieder keinen sehr detaillierten Rückblick oder Ausblick auf unsere GPK-Tätigkeit geben können. Jedoch stellen wir gerne die Aufgaben der GPK vor. Die Hauptarbeit der GPK wird jedoch in den Subkommissionen (Subko) geleistet. Diese arbeiten selbständig und halten eigene Sitzungen ab. Zur Bearbeitung spezieller Geschäfte, welche die Ressourcen einer

Subko übersteigen, mehrere Direktionen betreffen und/oder von ausserordentlicher Bedeutung sind, kann die GPK ausserordentliche Teams bilden (Arbeitsgruppe).

Ich bin Präsidentin der Subko I und zuständig für die Finanz- und Kirchendirektion, Landeskanzlei, Basellandschaftliche Gebäudeversicherung, Basellandschaftliche Sozialversicherungsanstalt.

Die Aufgabe der GPK ist es, genau hinzuschauen.

Zu den jährlich wiederkehrenden Aufgaben gehört die Behandlung folgender Landratsvorlagen: Amtsbericht im Jahresbericht des Regierungsrates (jede Subko führt mit der zuständigen Direktion ein Jahresgespräch durch). Jahresberichte verschiedener Institutionen. Sammelvorlage zu nicht innert der gesetzlichen Frist erfüllten Motionen und Postulaten. Sammelvorlage von innert Behandlungsfrist zur Abschreibung beantragter Motionen und Postulate.

Standardgeschäfte der GPK sind sogenannte Pflichtübungen. Dazu gehört auch der regelmässige Austausch mit der Finanzkontrolle. Die Subko sichten laufend die Revisionsberichte der Finanzkontrolle im Bereich der ihnen zugeordneten Di-

rektion. Diese liefern der GPK wertvolle Anhaltspunkte zur Situation in den geprüften Einheiten. Neben den direkten Kontakten der Subkos wird die Vorsteherin der Finanzkontrolle periodisch zu GPK-Sitzungen eingeladen; dabei werden Berichte, in welchen Mängel festgestellt wurden, kurz besprochen und einzelne Fragestellungen vertieft.

Es gehen aber auch diverse Anregungen (rund eine pro Monat) von Bürgerinnen und Bürgern bei der GPK ein, die auf einen Mangel aufmerksam machen, wobei jeweils zu klären ist, ob es sich um einen Fall für die GPK oder den Ombudsmann handelt.

Im Gegensatz zu den anderen landrätlichen Kommissionen tritt die Parteizugehörigkeit der GPK-Mitglieder in den Hintergrund. Die GPK ist der unabhängigen Oberaufsicht über die Regierung und die Verwaltungsstellen verpflichtet. Die Mitglieder der GPK orientieren sich an der Sache, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit.

Andrea Kaufmann-Werthmüller, Landrätin

Die Kommissionsmitglieder der FDP BL

Andrea Kaufmann-Werthmüller, Waldenburg
Jürg Vogt, Allschwil

Personalkommission

Bewegte Zeiten für die Personalkommission

Die Arbeitsbedingungen des Kantonspersonals und das Umfeld der Pensionskasse sind in der Regel eher beständig und unterliegen kaum kurzfristigen Entwicklungen. Deshalb erscheint auch die Arbeit der Personalkommission auf den ersten Blick eher beschaulicher Natur. Dem ist aber zumindest in der aktuellen Legislatur nicht so, weil gleich drei Entwicklungen zusammentreffen, welche die Personalkommission besonders fordern: erstens die Strategie des Regierungsrates zur nachhaltigen Entlastung des Staatshaushaltes. Diese betrifft auch die Personalkosten, zum Beispiel durch die wenig populäre, aber 2016 leider notwendige Lohnsenkung um 1 Prozent, um dringend notwendige und kurzfristig wirksame Einsparungen von rund 6 Millionen Franken zu erzielen. Im selben Kontext ist auch die Reduktion des Personalaufwandes um 10 Prozent bis 2021 zu sehen.

Zweitens führen das Tiefzinsumfeld und die de-

mografischen Veränderungen zu Handlungsbedarf bei der Pensionskasse. Kurz vor der Sommerpause hat der Landrat deshalb den Umwandlungssatz und den technischen Zinssatz auf Empfehlung der Personalkommission den realistischen Marktgegebenheiten angepasst. Und drittens muss sich die Personalkommission mit den Veränderungen in der Arbeitswelt und der Weiterentwicklung der Arbeitsbedingungen des Kantonspersonals befassen. In diesem Zusammenhang hat die Kommission den Regierungsrat bei der Überarbeitung der Leistungsbeurteilung und der Einführung einer moderaten Leistungskomponente beim Lohnanstieg beraten. Diese Anpassungen werden in den nächsten Jahren stufenweise umgesetzt und führen zu einem neuen Führungsverständnis und einem verstärkten Leistungsbewusstsein.

Alle diese Massnahmen werden durch die verschiedenen Anspruchsgruppen wie zum Beispiel

die Personalverbände oder die Liga der Baselbieter Steuerzahler kontrovers diskutiert. Der Personalkommission kommt die Aufgabe zu, in diesem Spannungsfeld Lösungen mit Augenmass zu suchen. Dank einer knappen und teilweise auch fragilen bürgerlichen Mehrheit in der Kommission können in der laufenden Legislatur der Reformprozess und die Entlastungsstrategie des Regierungsrates unterstützt werden. Selbstverständlich orientiert sich die Kommission bei all ihren Entscheidungen am Interesse des Kantons, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Denn eine effiziente und leistungsfähige Verwaltung braucht motivierte und engagierte Mitarbeitende.

Balz Stückelberger, Landrat

Die Kommissionsmitglieder der FDP BL

Balz Stückelberger, Arlesheim (Präsident)
Stefan Degen, Gelterkinden
Andrea Kaufmann-Werthmüller, Waldenburg

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Landrat befürwortet Gegenvorschlag zu «Wohnkosten-Initiative»

Dank den Stimmen der Landrätinnen und Landräte der FDP-Fraktion wird eine steuerliche Mehrbelastung der Baselbieter Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer in Millionenhöhe voraussichtlich abgeschafft. Mit 58:15 Stimmen bei vier Enthaltungen hat das Parlament am 28. Juni dem Gegenvorschlag zur «Wohnkosten-Initiative» zugestimmt.

Der Einsatz der FDP-Fraktion zahlt sich aus. Die Baselbieter Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer werden voraussichtlich steuerlich entlastet, nachdem der Landrat dem Gegenvorschlag zur «Wohnkosten-Initiative» zugestimmt hat – insbesondere mit den Stimmen der FDP. Genauer gesagt: Die Vorlage macht eine ungerechtfertigte Mehrbelastung rückgängig.

Diese Mehrbelastung war das Resultat eines Bundesgerichtsentscheids und der entsprechenden Umsetzung durch die Baselbieter Regierung. Das Bundesgericht hatte nämlich kritisiert, dass das Baselbieter Berechnungskonzept zur Festlegung der Eigenmietwerte nicht gewährleiste, dass diese in jedem Einzelfall mindestens 60 Prozent des Marktmietwertes betragen. Dies verletze das verfassungsmässige Gleichbehandlungsgebot von

Mietern und Eigentümern. Das Bundesgericht hatte sich mit dem Thema befasst, weil im Kanton Baselland zuvor die Eigenmietwerte und als Kompensation dazu auch die Abzugsmöglichkeiten für den Unterhalt gesenkt wurden. Zu den Abzugsmöglichkeiten aber äusserte sich das Bundesgericht nicht.

In der Folge hob die Baselbieter Regierung die Eigenmietwerttabelle auf das vorherige Niveau an, verzichtete aber darauf, auch die Abzugsmöglichkeiten parallel dazu wieder nach oben anzupassen. Der Entscheid führte zu einer jährlichen Mehrbelastung von 17 Millionen Franken für die Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer. Diese Mehrbelastung wollte die «Wohnkosten-Initiative» rückwirkend per 1. Januar 2016 aufheben – denn ab diesem Datum galten die neuen Regelungen.

Der nun vom Landrat beschlossene Gegenvorschlag stellt einen Kompromiss dar: Die Eigenmietwerttabelle bleibt so bestehen, dass der Rüge des Bundesgerichts nachgekommen wird (so wie das auch die Initiative forderte). Dafür werden die Abzugsmöglichkeiten beim Unterhalt wieder angehoben. Aber statt der von der Initiative geforderten Rückwirkung per 2016, erfolgt diese gemäss

dem Gegenvorschlag per 1. Januar 2018. Aus pragmatischen Gründen und aus Gründen der Rechtssicherheit favorisiert die FDP dennoch den Gegenvorschlag. Wichtig ist nämlich, dass die ungerechtfertigte steuerliche Mehrbelastung der Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer überhaupt abgeschafft wird. Das letzte Wort dazu hat die Baselbieter Stimmbevölkerung.

Aus pragmatischen Gründen favorisierte die FDP-Fraktion dennoch den Gegenvorschlag. Insbesondere für die Gemeinden würde eine nachträgliche Korrektur Tausender definitiver Steuerveranlagungen einen erheblichen Aufwand mit sich bringen. Das Initiativkomitee hat sich denn auch entschlossen, die «Wohnkosten-Initiative» zugunsten des Gegenvorschlags zurückzuziehen. Für die Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer ist im Grundsatz vor allem wichtig, dass die ungerechtfertigte Mehrbelastung überhaupt abgeschafft wird – und dies per sofort. Das letzte Wort hat die Stimmbevölkerung.

Christoph Buser, Landrat

Die Kommissionsmitglieder der FDP BL

Christoph Buser, Füllinsdorf
Sven Inäbit (Vizepräsident), Binningen

Umweltschutz- und Energiekommission

Gut Ding braucht Weile ...

... aber späte Einsicht ist teuer, und Zwang ist nicht das richtige Mittel zur Zielerreichung.

In der Schweiz mahlen die politischen Mühlen langsam. Das zeigt sich auch immer wieder bei Geschäften der Umweltschutz- und Energiekommission (UEK). Von der Idee bis zum Inkrafttreten eines neuen Gesetzes oder einer Gesetzesänderung vergehen gut und gerne vier oder mehr Jahre.

So auch bei der Änderung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes (DHG). Diese geht auf eine Motion der FDP zurück. Die erste Vorlage wurde 2015 vom Landrat zurückgewiesen. Die UEK beantragte dem Landrat einstimmig, der neuen Vorlage der Revision des DHG zuzustimmen. Im Februar 2018 wurde die Änderung des DHG vom Landrat beschlossen und schliesslich am 1. Juli 2018 in Kraft gesetzt, also über siebeneinhalb Jahre nach Überweisung der entsprechenden Motion – gut Ding braucht eben Weile.

Dass die direkte Demokratie manchmal eher Fluch als Segen sein kann und die späte Einsicht eines Initiativkomitees viele unnötigen Abklärungen, Beratungen und damit auch Kosten zur Folge

haben kann, zeigt das Begehren der Grünen aus dem Jahre 2011. Dann nämlich wurde die Initiative «Für sicheren und sauberen Strom – 100 Prozent Zukunft ohne Atomkraft» eingereicht. Diese verlangt von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, sicherzustellen, dass bis 2030 mindestens 80 Prozent aus erneuerbarer Energie erzeugt wird. Der Regierungsrat empfahl die liberalisierungsfeindliche Initiative zur Ablehnung. Nach der Annahme der Änderung des Energiegesetzes wurden die Beratungen 2017 weitergeführt. Auch nach der deutlichen Annahme der Energiestrategie 2050 hat das Initiativkomitee an der Initiative festgehalten. Die UEK hat die Initiative im August 2017 zur Ablehnung empfohlen, und der Landrat folgte dem Antrag der Kommission. Im Oktober 2017 wurde die Initiative schliesslich zurückgezogen. Damit konnte immerhin verhindert werden, dass das Volk sich zu einer Initiative äussern muss, die der Wirtschaft und schlussendlich dem ganzen Kanton geschadet hätte.

Ein weiteres Beispiel aus dem links-grünen Lager ist die Motion «Dekret: Ergänzungsformulie-

rung betreffend Anteil erneuerbare Energie ohne Mehrkosten». Diese hört sich zwar gut an, bringt aber bei genauerem Hinsehen Zwang, Bevormundung und höhere Kosten mit sich. Im konkreten Fall wollten die Grünen, dass Heizungen in bestehenden Bauten bei Ersatz auf erneuerbare Energien umgestellt werden müssen. Der Regierungsrat beantragte, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, der Landrat lehnte dies jedoch im März 2018 ab. Die FDP unterstützt die Ziele der kantonalen Energiestrategie. Es sollen Anreize geschaffen werden, damit auch bestehende Gebäude energetisch saniert und energieeffizient gemacht werden. Aber der Wechsel zu einem Heizsystem mit erneuerbaren Energien darf nicht auf einem Zwang und Bevormundung basieren. Die FDP glaubt an die Kraft des Wettbewerbs und an die Wahlfreiheit.

Christine Frey, Landrätin

Die Kommissionsmitglieder der FDP BL

Christine Frey, Münchenstein
Christoph Buser, Füllinsdorf

Wissen Sie, was ich meine?

Was die JFBL bewegt

Wenn ich überlege, einmal Jus oder doch lieber Wirtschaft zu studieren, denke ich daran. Wenn ich mit Familienmitgliedern oder Bekannten über ihren Werdegang spreche, denke ich daran. Egal, ob ich Kindergartenkinder beim Spielen, Leute auf dem Weg zur Arbeit oder Rentner beim Einkaufen sehe, es kommt mir immer wieder in den Sinn. Denn diese Leute, denen ich täglich begegne und die auf den ersten Blick so gar nichts miteinander verbindet, haben alle etwas gemeinsam: Eines Tages werden sie alle nicht mehr arbeiten können oder wollen. Einige von ihnen sind bereits heute schon so weit, haben im Idealfall seit ihrer Ausbildung gearbeitet und können es sich nun gut gehen lassen und sich zurücklehnen, wie man so schön sagt. Da sie über eine, zwei und womöglich gar über drei dieser Säulen dessen, woran ich immer

wieder denken muss, verfügen. Nun werden einige von ihnen mein kleines Rätsel bereits gelöst haben und wissen, woran ich stets denken muss. Ja richtig, ich meine unsere Altersvorsorge. Wir alle gehen oder gingen zur Schule, wir alle arbeiten oder arbeiteten, und wir alle haben eine Altersvorsorge, die uns bereits versorgt oder irgendwann versorgen wird, oder nicht? Leider Nein!

Denn leider gelang es, teilweise dank der gewissen Ineffizienz und Trägheit unseres politischen Systems, nicht, eine Vorlage zu kreieren, die die Altersvorsorge auch nach 2030 noch hätte garantieren können. Und somit gilt es nun, eine neue Strategie zu finden, die hoffentlich mehrheitsfähig sein wird – die mehrheitsfähig sein muss. Ansonsten laufen wir in eine Sackgasse. Damit jedoch nicht genug, ich befürchte, einige realisieren noch

nicht, wie viel auf dem Spiel ist. Die Alten müssen sich nicht mehr, und die Jungen noch nicht für die Zukunft der Altersvorsorge interessieren. Ich bin



Melvin Imhof

äusserst froh, dass sich die FDP nüchtern und sachlich um diese Frage kümmert, und das Feld nicht ändern überlässt. In diesem (Frei-)Sinne, wünsche ich der FDP einen erfolgreichen Wahlkampf!

Melvin Imhof, JFBL

Vor heissem Politherbst

News aus Bern

Unsere Unternehmensbesteuerung entspricht nicht mehr international geltenden Vorschriften. Ohne die Anpassung unseres Systems droht weltweit tätigen Schweizer Firmen eine massive steuerliche Verschlechterung. Dies hätte zwangsläufig gravierende Konsequenzen für unser Land als Unternehmensstandort. Es stehen Zehntausende von Arbeitsplätzen sowie mehrere Milliarden Franken Steuereinnahmen auf dem Spiel.

Ständerat korrigiert und erweitert die Steuervorlage 17

Mit der Steuervorlage 17 verfolgt der Bundesrat die gleichen Ziele wie mit der vom Volk abgelehnten Unternehmenssteuerreform III: Erhalt der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit, Anpassung unseres Steuersystems an die international geltenden Regeln und die Sicherung der Einnahmen aus Unternehmenssteuern. Der Ständerat hat dieses für unseren Wirtschaftsstandort zentrale Geschäft in der Sommersession beraten. Wie vom Bundesrat vorgeschlagen werden die kantonalen Steuerregimes (Privilegien) abgeschafft. Im Gegenzug erhalten die Kantone sogenannte «Steuertools» wie zum Beispiel die Patentbox (Ermässigung von maximal 90 Prozent auf Reingewinne aus Patenten und vergleichbare Rechte) oder die erhöhten Abzugsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungskosten (F+E). Dividenden sollten laut Bundesrat generell, das heisst sowohl bei der Direkten Bundessteuer als auch in den Kantonen, mit 70 Prozent besteuert werden. Der Ständerat hat die kantonale Mindestbesteuerung auf 50 Prozent festgelegt. Im Weiteren ist der Ständerat aber dem Bundesrat bei der Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer gefolgt – diese soll von 17 auf 21,2 Prozent steigen. Das verschafft den Kantonen den nötigen finanzpolitischen Spielraum, damit sie Gewinnsteuern senken und die er-

wähnten Steuertools anwenden können, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Mehrheitsfähig dank sozialem Ausgleich

Die Steuervorlage 17 kostet zirka 2 Milliarden Franken. Im Sinne eines «sozialen Ausgleichs» schlug der Bundesrat eine Erhöhung der Familienzulagen vor, was auch für die KMU-Wirtschaft Mehrkosten bedeutet hätte. Der Ständerat lehnte dies ab und hat demgegenüber eine Zusatzfinanzierung für die AHV in der Höhe der geschätzten Kosten in die Vorlage aufgenommen. Diese 2 Milliarden sollen mit 3 zusätzlichen Lohnpromillen, mit der Zuweisung des Demografieprozents der Mehrwertsteuer an den AHV-Ausgleichsfonds und mit der Erhöhung des Bundesbeitrags an die AHV finanziert werden. Die vom Ständerat beschlossene «soziale Kompensation» folgt dem Prinzip: «Jeder Franken Steuerreduktion soll durch einen zusätzlichen Franken in den AHV-Fonds aufgewogen werden.» Damit werden zwei politische Geschäfte miteinander gekoppelt, die eigentlich nicht zusammen gehören. Trotz dieser sachfremden Verknüpfung bin ich nicht grundsätzlich gegen diesen Weg. Der Ständerat hat damit nicht nur einen pragmatischen, sondern notwendigen Kompromiss gefunden, um die Steuervorlage 17 mehrheitsfähig zu machen. Denn ein nochmaliges Scheitern können wir uns weder finanz- noch wirtschaftspolitisch leisten.

Wir brauchen eine Entscheidung in der Herbstsession

Wie geht es nun weiter? Die vom Ständerat verabschiedete Steuervorlage kommt nun in der Herbstsession in den Nationalrat. Noch vor den Sommerferien sind wir in der nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) mit 22 zu 1 Stimmen auf das «Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung», so die neue

Bezeichnung der Vorlage, eingetreten. Mitte August findet die Detailberatung in der WAK-N statt.

Es muss nun unser Ziel sein, dass diese für unser Land wichtige Vorlage von beiden Räten in der



Daniela Schneeberger

kommenden Session bereinigt und verabschiedet wird. Die Wirtschaft braucht endlich Rechts- und Planungssicherheit. Dies erfordert von allen politischen Lagern die Bereitschaft zu vernünftigen Kompromissen. Der Ständerat hat dazu einen gangbaren Weg eingeschlagen. Dieser soll und darf jedoch in einzelnen Punkten in der WAK-N diskutiert werden, beispielsweise die Art der Finanzierung oder die Verknüpfung/Splittung der Vorlage. Das Referendum wird wohl nicht zu verhindern sein. In diesem Fall hätte Anfang 2019 wiederum das Volk das letzte Wort. Gerade vor diesem Hintergrund braucht es eine mehrheitsfähige Lösung.

Persönlicher Erfolg bei der Verrechnungssteuer

Auch wenn die Sommersession bereits mehr als zwei Monate zurückliegt, freue ich mich nach wie vor über meinen Erfolg bei der Revision des Verrechnungssteuergesetzes. In den letzten Jahren wurde die Verrechnungssteuer zu einer eigentlichen Strafsteuer. Das Gesetz wurde aufgrund einer Motion meinerseits zu Gunsten der Steuerpflichtigen erheblich verbessert. Der Ball liegt nun beim Ständerat. Für mich wird die Herbstsession natürlich auch deshalb besonders spannend sein.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin, Thürnen

Die nächsten Events:

29. September 2018

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz, KUSPO Pratteln

17. Oktober 2018

Parteitag der FDP Baselland (Restaurant Sonne, Sissach)

Abstimmungen vom 23. September 2018: Die FDP BL folgt der Parolenfassung der FDP Schweiz

- JA** zum Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]»)
- NEIN** zur Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»
- NEIN** zur Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»